

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe.

Erstausgabe: Sonntag 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6650-53.

Don 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3,80 monatlich, M. 11,40 vierteljährlich, ohne Postgebühren. — Durch die Post bezogen: M. 4,75 monatlich, M. 14,25 vierteljährlich, ohne Postgebühren. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Volksvertreter. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreise: Ortsliche Anzeigen M. 1,25, auswärtige Anzeigen M. 1,50, örtliche Reklamen M. 5,00, auswärtige Reklamen M. 7,00 für die erste Spalte oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Freitag, 13. August 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 375. ♦ 68. Jahrgang.

Die Sozialisierung des Bergbaus.

Nun ist das erste Drittel des Augusts vorüber, und es mühte sich bereits übersehen lassen, ob in dieser Zeit die entsprechenden rund 660 000 Tonnen Kohlen zur Ablieferung an Frankreich und Italien gefördert worden sind, ohne daß die deutsche Wirtschaft dabei ins Stoden zu geraten drohte. An sich wird jene Menge freilich da sein, und so wird die Entente auch befriedigt werden. Der Reichskohlenkommissar wird von der Gesamtförderung in jedem Monat ohne weiteres die zwei Millionen Tonnen vorwegnehmen, die unter allen Umständen abzuliefern sind. Es fragt sich nun, ob alsdann so viel übrig bleibt, daß die deutsche Wirtschaft in Gang erhalten bleiben kann. Reicht der Überschuss über die zwei Millionen Tonnen nicht, dann tritt die nur hinausgeschobene Katastrophe doch ein, es sei denn, daß das Problem von der Seite her angefaßt wird, auf die Hué's Rede in Spa hinwies. Der Vertreter der deutschen Bergleute erklärte, die Frage sei am Ende eine Arbeiterfrage, nicht bloß eine der Abmachungen zwischen den Regierungen. Und mit der Arbeiterfrage war deutlich gemeint, daß Hué an die Solidarität der französischen und der englischen Grubenarbeiter mit den deutschen appellierte. Auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf hat man das Echo gehört. Gewiß sind wir noch weit entfernt aus nur von entsprechenden Vereinbarungen der Arbeiter, aber der Gedanke ist doch erstarkt, daß den Bergarbeitern des einen Landes nichts zugemutet werden darf, was das des anderen als eine Unerfüllbarkeit und Unwürdigkeit ablehnen würden. Nicht folgenlos sodann braucht es zu bleiben, daß in Genf Hué's Antrag angenommen wurde, ein internationaler Kohlenrat solle Mittel und Wege ausfindig machen, wie eine richtige Verteilung der Kohlenproduktion der Welt unter Erspahrung von überflüssigem Hin- und Hertransport zu erzielen sei. Der wichtigste in Genf gefasste Beschluß ist nun aber der, auf die Sozialisierung der Bergwerke gerichtete. Der sogleich eingesetzte internationale Ausschuss wurde beauftragt, „mit allen Mitteln, nötigenfalls mit dem Generalstreik“ möglichst schnell die Verwirklichung der Sozialisierungsforderung durchzusetzen.

Wie nun aber soll sozialisiert werden? Man hat noch immer kein klares Bild davon gewonnen, ob sich die Befürworter der Sozialisierung den Verlauf wesentlich anders als den bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen denken. Wäre Verstaatlichung ihr Vorbild, dann werden die Bergwerke nur ihre Besitzer zu wechseln haben, sie werden nicht mehr Privatpersonen und Aktiengesellschaften, sondern dem Staat und insofern „uns allen“ gehören. Grundtätigend will dem Betrachter solche Änderung beim besten Willen nicht erscheinen, denn sie wäre eine reine Utilitätsmaßregel, eine sehr nüchterne und zweifellos auch ernüchternde Neuauflage des Staatssozialismus. Sie würde wohl dem Individualismus im Wirtschaftsleben Abbruch tun, nicht aber dem kapitalistischen Gedanken. Der Unternehmer wäre zwar ausgeschaltet, dafür aber würden die Arbeiter die neue Gunst der Umstände gehörig ausnützen und die „Sozialisierung“ so verstehen, daß der Ertrag der Bergwerke zuerst und zuletzt ihnen zu gute käme, gleichgültig, wie der Staat dabei fährt. Die Karikatur des Sozialisierungsgedankens, die man bei den Eisenbahnen erlebt, wäre dann einfach auf die Bergwerke übertragen. Heute werfen die Bergwerke noch Gewinne ab. In Zukunft würden sie voraussichtlich denselben Defizitwirtschaft verfallen wie jetzt die Eisenbahnen, deren Fehlbetrag für das laufende Betriebsjahr schon auf 20 Milliarden gestiegen ist und diese entsetzliche Ziffer wahrscheinlich im nächsten Jahre noch überlöffeln wird, immer mit der unentrinnbaren Tendenz zum Wachstum, bis der vollkommene wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch da ist.

Inzwischen verdient der Bergarbeiter sehr gut. Nach einer Zusammenstellung wird dem Hauer im Ruhrgebiet die siebenstündige Schicht, bei der Ein- und Ausfahrt eingerechnet, mit 52½ Mark bezahlt. Das macht für das Jahr etwa 15 000 Mark aus. Die rund 50 Überflüssigen werden mit je 105 Mark vergütet, wodurch sich der Gesamtverdienst auf 20 000 Mark erhöht. Rechnet man hierzu die Vergünstigungen, die in der Lieferung von Deputatkohlen, von Fett für die Heizung und in der niedrigen Miete der Arbeiterwohnungen liegen, so kommt man zu einem Jahres-einkommen von etwa 23 000 Mark für den eigentlichen, unter Tage tätigen Bergmann. Damit läßt sich auskommen! Vom Standpunkt des Lohnempfängers aus wäre die Sozialisierung hiernach kaum nötig, ja nicht einmal wünschenswert. Dagegen spräche für sie wohl die Aussicht (vorausgesetzt, daß sie gesichert ist), daß

auf diese Weise die Kohlenproduktion wesentlich gesteigert werden könnte. Für das Allgemeininteresse bleibt gerade die Steigerung der Produktion das dringende Erfordernis, und das erklärte auch vor kurzem der Reichsarbeitsminister Brauns im Reichstage mit angemessener Betonung. Er sagte dann noch über die „Gemeinwirtschaft im Bergbau“, die Regierung stehe auf dem Boden des Entschlusses des Reichswirtschaftsrats vom 24. Juli, sie erstrebe also die Gemeinwirtschaft im Bergbau unter Heranziehung der Arbeiter, und sie werde sich für diejenige Form der Sozialisierung entscheiden, die ihr die größte Wirtschaftlichkeit zu versprechen scheine. Darunter kann man sich nun denken, was einem beliebt, und so weiß man noch immer nicht, wie sozialisiert werden soll. In jedem Fall aber wird die Umwälzung dem Reiche teuer zu stehen kommen, denn die Bergwerksbesitzer müssen entschädigt werden. Die Verpflichtung hierzu wurde auch auf dem Genfer Kongress anerkannt, allerdings in der etwas verdächtigsten Form, daß die Abschlagssummen durch Steuern aufgebracht werden sollen, die den „Besitzenden“ aufzuerlegen wären. Das sieht so aus, als ob mit der einen Hand genommen werden soll, was mit der anderen gegeben worden ist!

Eine erfundene Unterredung mit dem Reichsfinanzminister.

Br. Berlin, 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Zu dem Bericht über eine Unterredung, die der Reichsfinanzminister dem Sonderberichterstatter des Pariser „Journal“, Lucien Chassaing, erteilt haben soll (siehe geistiges Abendblatt des „Wiesbadener Tagblatts“), wird von ausländischer Seite mitgeteilt, ein solches Interview habe nicht stattgefunden; der Reichsfinanzminister habe Herrn Chassaing überhaupt nie getroffen. Herr Chassaing hat lediglich in der Nachrichtenstelle des Reichsfinanzministeriums Aufklärung über einige Punkte der Denkschrift über die steuerliche Belastung nachgefragt. Die aus diesem Anlaß gegebenen Erklärungen sind unrichtig wiedergegeben.

Maßnahmen zur Kohlenersparnis.

Br. Berlin, 11. Aug. Heute soll im Reichswirtschaftsministerium über Maßnahmen zur Kohlenersparnis beraten werden. a. B. durch Herabsetzung der Polisei-kunde.

Rudendorfs neuer Wohnort.

Br. Berlin, 12. Aug. Wie die Blätter berichten, soll General Ludendorff im fürstlich Jägerischen Schloss Wellenburg bei Augsburg Wohnung genommen haben.

Deutschlands Holzlieferungen an Frankreich.

Br. Berlin, 11. Aug. Wie der „S. P. A.“ berichtet, haben am 4. August in Paris die Verhandlungen über die nach dem Friedensvertrag von Deutschland zu liefernden Holz mengen begonnen. Ein deutsches Angebot auf Lieferung von 1 440 000 Festmeter Rundholz jährlich für einen Zeitraum von vier Jahren sei von französischer Seite als unzureichend abgelehnt worden.

Norwegische Entschädigungsforderungen an Deutschland.

Br. Christiania, 11. Aug. Die norwegische Gesandtschaft in Berlin hat neuerdings auf Grund von Instruktionen des Ministeriums des Äußern dem deutschen Ministerium des Äußern eine Note über die Entschädigungsforderungen in Folge der Seekriegführung ausgestellt. In der Note wird Mitteilung über die durch die königliche Resolution vom 23. April 1920 eingeleitete Kommission zur Prüfung der Entschädigungsforderungen gemacht, die die norwegische Regierung glaubt, in naher Zukunft vorbringen zu können. In der Note wird daran erinnert, daß die norwegische Regierung sich keineswegs vorbehalten hat, mit näher formulierten Entschädigungsforderungen hervortreten.

Der Magdeburger Spighelnachrichtendienst.

Br. Berlin, 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Zu den Veröffentlichungen in der Presse über den Spighelnachrichtendienst in Magdeburg teilt uns das Reichswehrministerium mit: Der politische Nachrichtendienst wird grundsätzlich von Zivilstellen ausgeübt. Die Truppenbefehlshaber sind aber verpflichtet, gewisse Nachrichten einzuziehen. Es geschieht dies zum Selbstschutz, zum Schutze der Truppen und somit zum Schutze der Autorität des Staates. Das Reichswehrministerium hat von diesem Nachrichtendienst nichts gewußt und hat mit dem dortigen Stellen in keinerlei dienstlichem Zusammenhang gestanden. Der mehrfach genannte Ziesentisch hat sich der Brigade 4 angeboten und auch dem Oberpräsidenten. Oberpräsident Höring hat die Berichte bezogen.

Der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung hat heute mittag eine eingehende Unterredung über die ganze Angelegenheit mit dem Oberpräsidenten Höring, der aus Magdeburg hier eingetroffen ist, gehabt.

Nadels angebliche Anwesenheit in Berlin.

Br. Berlin, 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.) An amtlicher Stelle weiß man nichts von der gemeldeten Anwesenheit Nadels in Berlin.

Lloyd George rät Polen zum Frieden.

Br. Paris, 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Premierminister Lloyd George hat nach Mitteilungen in den Pariser Morgenblättern den Polen geraten, die Bedingungen, die Sowjetrußland ihnen stellt, anzunehmen, ohne Rücksicht in Frankreich zu halten. Dieser Rat sei erfolgt entgegen den Abmachungen, die mit der französischen Regierung in Sythe getroffen wurden.

Die englischen Arbeiter gegen einen Krieg mit Rußland.

Br. Amsterdam, 11. Aug. Benor Lloyd George gestern sich zum Parlament begab, empfing er den Arbeitsminister Mac Karmara und eine Anzahl Deputationen von Arbeiterführern, darunter auch den Präsidenten des Bergarbeiterbundes, Smillie, den Leiter der parlamentarischen Arbeiterpartei Adamson, ferner O'Grady, Oberst Beagwood und andere Abordnungen. Sie machten Lloyd George von den vorgelegten Abend angenommen, gegen den Krieg mit Rußland gerichteten Protestentscheidungen Mitteilung, worin mit dem Generalkreis als dem äußersten Mittel gedroht wird. Nach Mitteilungen eines Mitgliedes der Abordnungen wurden die Besprechungen auf beiden Seiten in freundschaftlicher und offener Weise geführt. Lloyd George erwiderte die Deputationen, seine Erklärungen im Parlament abzuwarten. Er sagte: Der Vertrag von Versailles, durch den die Unabhängigkeit Polens geschaffen wurde, muß um jeden Preis aufrechterhalten bleiben.

Die Amerikaner verlassen Warschau.

Br. Amsterdam, 11. Aug. Nach einer Meldung aus Warschau wies die amerikanische Gesandtschaft alle amerikanischen Bürger an, Warschau heute nacht zu verlassen.

Die Haltung Amerikas.

Br. Amsterdam, 11. Aug. Nach Blättermeldungen aus Washington wird sich die amerikanische Regierung allen Maßnahmen widersetzen, die auf einen offenen Krieg gegen Rußland hinauslaufen. Man hält es für möglich, daß der Präsident für die Wiederaufnahme der interalliierten Blockade und Gewährung wirtschaftlicher Hilfe für Polen eintreten wird. Man glaubt aber nicht an den Erfolg einer solchen Blockade, da die Blockade tatsächlich seit geraumer Zeit in Kraft sei, ohne daß die Haltung der Sowjetregierung dadurch im mindesten beeinflusst worden sei.

Br. Washington, 11. Aug. Das Staatsdepartement hat dem italienischen Botschafter eine Note überreicht als Antwort auf die italienische Anfrage nach der Ansicht der amerikanischen Regierung in der polnischen Frage. Das Staatsdepartement antwortete, daß das amerikanische Volk die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Polens aufrechtzuerhalten wünscht. Die Vereinigten Staaten leben in der Anstrengung gewisser Kreise, den Waffenstillstand herbeizuführen, nichts Unangehöriges. Sie wollen sich aber nicht an einer Friedenskonferenz der europäischen Staaten in dieser Frage beteiligen.

Br. Paris, 12. Aug. (Drahtbericht.) Savas berichtet unter dem 11. August aus Washington: Es wird hier verhandelt, daß die Regierung erst das Ergebnis in Minist abwarten will, bevor sie die nötigen Schritte unternimmt, um die in ihrer Note an Italien abgegebenen Versprechen bezüglich ihres Eingriffs zur Erhaltung der polnischen Unabhängigkeit zu erfüllen. In diplomatischen Kreisen sieht man in der Tatsache, daß die Note an Italien gerichtet worden ist, ein Zeichen dafür, daß die amerikanische Regierung Italien vor jeder Anerkennung der Bolschewiken warnen will.

Frankreich erkennt die südrussische Regierung an.

Br. Paris, 11. Aug. (Savas.) Die französische Regierung beschloß angesichts der militärischen Erfolge, der letzten Stellung der Regierung des Generals Wrangel und der erhaltenen Versicherungen bezüglich einer demokratischen Form seiner Verwaltung und der Respektierung der inneren Verpflichtungen des russischen Staates als tatsächliche Regierung, diejenige von Südrußland anzuerkennen. Ein französischer diplomatischer Vertreter wird nach Sebastopol mit dem Titel eines hohen Kommissars geschickt werden.

Br. London, 12. Aug. (Drahtbericht, Reuter.) Auf die Anfrage, betr. die Pariser Meldung, daß die französische Regierung beschloß habe, Wrangels Regierung anzuerkennen, sagte Lloyd George im Unterhaus, er habe die Meldung mit Überdacht gelesen. Eine Mitteilung dieser Art sei ihm nicht zugegangen. Er könne kaum annehmen, daß die Meldung korrekt sei, da er sicher sei, daß Wrangel die Absichten der französischen Regierung bekanntgegeben habe, wenn etwas Derartiges beabsichtigt gewesen wäre. Ein Vorschlag auf Anerkennung Wrangels sei auf der Konferenz in Dvinsk nicht gemacht worden. Lloyd George fügte hinzu, er beabsichtige nicht, Wrangel anzuerkennen, außer in dem Falle, auf den er gestern hingewiesen habe.

Truppen des Generals Wrangel marschieren durch Rumänien.

Br. Paris, 12. Aug. Nach einer Radiomeldung aus Bukarest soll die rumänische Regierung ein-gewilligt haben, ein Armeekorps des Generals Wrangel durch rumänisches Gebiet nach Galizien durchmarschieren zu lassen.

General Wrangels Verbindung mit den Donkofaken.

Br. Konstantinopel, 12. Aug. (Drahtbericht, Reuter.) General Wrangel hat die Verbindung mit den Donkofaken hergestellt und Alexandrowski und Groisewitsch nach schwerem Kampfe gewonnen.

41. Deutscher Hausbesitzertag.

II.

S. u. H. Magdeburg, 8. August.

In einer von über 1000 Personen besuchten öffentlichen Sonderversammlung des Deutschen Hausbesitzertages wurde am dritten Tag ein Protest gegen die Höchstmietenerordnung eingelegt. Als erster trat der Münchener Stadtrat Dumar an das Rednerpult, um den Verdruss der Mieterkassengebung zu klären. Die preußische Höchstmietenerordnung sei der Gipfel des Unrechts und ein Wahnsinn, den man in Bayern nicht mitmacht. Richtiger wäre es gewesen, wenn eine Mindestmiete festgelegt worden wäre. Durch neue Steuern will man die Mieten nun bis zur dreifachen Höhe treiben, aber nicht zugunsten des Hausbesitzes, sondern lediglich für die Reichsregierung, deren Kassen doch leer bleiben, weil der ungeheure Beamtenstab der Verwaltungskörper des Zwangssystems alles verschlingt. Die Forderungen des deutschen Hausbesitzes beschränken sich darauf, nur so viel Miete zu erhalten, daß die Kosten getragen werden können. Der zweite Redner Stadtrat Loden-Dorf (Berlin) schilderte die verheerende Wirkung der Höchstmietenerordnung auf den Berliner Privatwohnungsbau. — Nach den Ausführungen weiterer Redner gelangte unter einmütiger Zustimmung folgende Entschließung zur Annahme: „Die Vermählung legt scharfen Protest ein gegen die preußische Höchstmietenerordnung vom 9. Dezember 1919, die mit ihrer verheerenden Wirkung zum sicheren Ruin des häuslichen Hausbesitzes führt. Die Vermählung nimmt mit Befriedigung folgende Entschließung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine vom 27. Juli Kenntnis, die Zahlung der öffentlich-rechtlichen Abgaben einzustellen und die häuslichen Ehrenämter niederzulegen, sofern die Höchstmietenerordnung nicht aufgehoben oder in ihren Härten wesentlich abgemildert wird. Sie ersucht den Verband, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln in diesem Sinne zu wirken.“

In der letzten Hauptversammlung wurde zunächst Düsseldorf zum nächstjährigen Tagungsort bestimmt. Es folgte dann eine Debatte über die neueste Gesetzesgebung auf dem Gebiet des Mietrechts und der Wohnungsbauabnahme. Gernerling (Hamburg) hob dabei hervor, daß die Mieterfrage von der Regierung, besonders auch von den Mietvereinigungen, gar nicht berücksichtigt werde. Dabei sei es eine Tatsache, daß einige Mieter durch Abvermietung das 3- bis 4fache ihrer Wohnungsmiete herauskriegen und die Hauswirte durch die Einigungsämter auch noch zur Erhaltung der abvermieteten Räume gezwungen würden.

Als Resultat einer längeren Aussprache gelangten die Diebstahlentlassungen in folgender Abänderung bzw. Ergänzung zur Annahme: 1. Der Zentralverbandstag erklärt sich grundsätzlich gegen jede Zwangswirtschaft. 2. Zwangswirtschaft und Zwangsmietpreise dürfen niemals Selbstzweck sein, sondern müssen auf ihre sozialen Zwecke beschränkt bleiben, deshalb dürfen die gesetzlichen Vorschriften des Mietrechts nur soweit und solange Anwendung finden, als es im dringendsten Interesse schutzbedürftiger Mieter notwendig ist. Die Zwangswirtschaft im Mietwesen, insbesondere die Festsetzung von Zwangsmietpreisen darf überhaupt nur als vorübergehende Maßnahme für die Zeit eines besonderen Notstandes gelten. Mit diesen Grundsätzen steht die preußische Höchstmietenerordnung vom 9. Dezember 1919 mit ihren verheerenden Wirkungen in unlösbarer Widerspruch. 3. Die Miete soll so bemessen werden, daß sie mindestens umfaßt: a) die Vergütung des im Hause angelegten eigenen und fremden Kapitals, einschließlich Zinsen, b) die Deckung aller mit dem Hause verbundenen öffentlichen und notwendigen, privatrechtlichen, regelmäßig wiederkehrenden Kosten einschließlich der Aufwendungen für häusliche Unterhaltung, c) eine angemessene Vergütung für die Verwaltung des Hauses und d) eine angemessene Risikoprämie. e) die Abnutzung. 4. Die Gesetzesgebung muß in folgenden Punkten abgeändert oder ergänzt werden: a) zu einem Antrag auf Erhöhung des Mietzinses bedarf es nicht der vorausgehenden Kündigung, insbesondere gilt dies für langfristige Verträge, wenn infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse der darauf beruhende Mietzinsausfall dem Vermieter nicht zugemutet werden kann, b) wenn bei einem Mietverhältnis dem Mieter, sei es durch den Vermieter, sei es durch das Mietvereinigungsamt, die Gebrauchsüberlassung an einen dritten, insbesondere die Untermietung, gestattet wird, so ist auf Antrag des Vermieters eine angemessene Erhöhung des Mietzinses zu bewilligen, die der Erhöhung der Abnutzung und der etwaigen Vermehrung der Ausgaben entspricht.

Zur Annahme gelangte ferner noch eine Entschließung, die von Herrn v. A. eingebracht worden war, in der es u. a. heißt: Der 41. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Grund- und Hausbesitzervereine in Magdeburg verlangt mit Nachdruck, daß im Reich sowohl wie in den Ländern zu den Beratungen über die Fragen des Wohnungswesens die Vertreter der Organisationen des Hausbesitzes jeweils in gleicher Zahl wie die Mieter zugezogen werden. Als dringend notwendig für die Zeit der Zwangswirtschaft erscheint dem Verbandstag jedoch die Bildung ständiger par-

täitlich aus Vertretern der Organisationen (Vermieter und Mieter) zusammengesetzten Ausschüsse bei den einzelnen Mietvereinigungen und ebenfalls Zentralstellen für die einzelnen Länder am Sitz der Regierung.

Die Wahl des Herrn Justizrat Dr. Baumer zum Verbandsdirektor fand die Bestätigung des Verbandstages. Man beschloß noch nach ausgedehnter Debatte, für die Aufhebung des Schornsteinregulierungsprivilegs und für die Aufhebung der Kehrbezirke zu wirken. — Nach dem offiziellen Schluß der Tagung fand noch eine Sitzung der Vermieterbeisitzer bei den Einigungsämtern statt.

Wiesbadener Nachrichten.

Saatenstand und Ernteaussichten.

Nach dem Bericht des statistischen Landesamts über den Saatenstand in Preußen Anfang August 1926 ist für die Winterbalmfrüchte der Entwicklungsgang um diese Jahreszeit im allgemeinen beendet. Die ersten Mitteilungen über Stand und Wachstum dieser Brotfruchtarten im Herbst 1919 gaben Anlaß zu den schwersten Befürchtungen, da wegen des ungewöhnlich frühzeitig bereingebrochenen und äußerst streng auftretenden Winterwetters viel Land unbefleckt geblieben war und die meisten Saatenflächen gerade in der Reimung lagen. Wenn auch die ersten Befürchtungen durch den später sehr milden Winter und das günstige Frühjahr zum großen Teil beseitigt wurden, so hat doch der Roggen trotzdem nicht alle erlittenen Schäden ausheilen können. Immerhin ist die Ernte dieser wichtigsten Brotfrucht nach den bis 4. d. M. eingegangenen 3624 Begutachtungen der Saatenstandsberichte erstatter im Staatsdurchschnitt der beigegebenen Tabelle mit 3,0 als Normal- oder Mittelernte zu bezeichnen, während Winterweizen und Wintergerste mit 2,7 und 2,8 sogar eine gute Mittelernte ergeben. Es muß allerdings unter der besonderen Reifeperiode dieses Jahres abgewartet werden, ob der Ausdruck diese Erwartung voll rechtfertigt.

Die Witterung im Juli war fast im ganzen Staatsgebiet sehr veränderlich und somit wenig befriedigend, dabei aber überwiegend warm und heiß mit Temperaturen bis zu 32 Grad Celsius im Schatten. Ständig wechselten kalte, sonnige Tage mit trübem und nassen, wobei das trockene Wetter jedoch vorherrschte, so daß der ganze Juli als allgemein sehr fruchtbar und dabei gleichzeitig als gut für die Ernte zu bezeichnen war. Von den vielfach sehr starken Gewitterstößen mit Sturm ist das Getreide in weiten Gebietsteilen gelagert worden, wodurch das Weizen, insbesondere die Anwendung von Maschinen, sehr erleichtert wird. Die andauernde Wärme im Verein mit viel Sonnenschein hat die Entwicklung sämtlicher Feldfrüchte gut gefördert und das Reifen so beschleunigt, daß mit der Ernte um 10 bis 14 Tage früher begonnen werden konnte. Leider wird aus vielen Bezirken über Notreife geklagt. Der vorausgeschätzte Körnerertrag wird bei Weizen und Gerste als befriedigend, bei Roggen sehr zurückhaltend bewertet, oft um die Hälfte geringer als bei Weizen. Er soll zu dünn liegen, und die Körner sollen zu dünn sein, weil sie wegen des schnellen Reisens nicht voll auszuwachsen konnten. Bei den Sommerhalbfeldfrüchten hat die Ernte auch bereits begonnen; Erbsen sind vielfach schon eingekollt, und Hafer und Gerste werden gemäht. Über den Ausfall sind die Ansichten im ganzen nicht schlecht, denn es werden zumeist gute Erträge erwartet. In den Gegenden von Heilen-Rassau und dem Rheingebiet, wo im Mai und Juni andauernde Trockenheit geherrscht hat, werden jedoch die Erträge an Korn sowohl wie an Stroh nicht recht lohnend sein, was sich besonders beim Hafer bemerkbar machen dürfte.

Von den Hackfrüchten werden Frühkartoffeln seit etwa 8 bis 10 Tagen ausgehoben. Die Erträge befriedigen nur vereinzelt; zumeist wird angegeben, daß es zu trocken, dagegen aus den Gegenden des Ober- und Rheingebiets, daß es zu nass gewesen sei. Die Knollen sind zu klein geblieben und haben Neigung zum Faulen. Über die Spätkartoffeln ist das Urteil noch zurückhaltend, doch glaubt man allgemein, daß die Zulieferung dieser Fruchtart äußerst gering sein wird, mit Ausnahme von einigen zu leicht gemessenen Bezirken. Klagen über Schwarbeinigkeit sind vereinzelt, über Blattroll- und Rüsselkrankheit jedoch häufig. Die Rübenblässe zeigt vielfach starke Verunkrautung als Folge des Arbeitermangels. Ihre Entwicklung ist im allgemeinen gut, wird aber durch große Massen von Engerlingen und Raupen behindert, die in einzelnen Gegenden die Rüben schon vollständig laßgefressen haben. Da ferner aus allen Landesteilen Nachrichten über sehr starkes Auftreten von Kohlweisklingen vorliegen, so scheint die hauptsächlichste Plage für Kohl und Rüben erst zu beginnen.

Einen recht günstigen Verlauf hat in dem weitaus größten Teil des Staatsgebietes die Seuernte des ersten Schnittes gehabt, die nur auf den einschnittigen Spätwinter noch nicht ganz beendet ist. Güte und Ertrag dieser Ernte war zumeist recht befriedigend. Bei den Futterpflanzen, Klee, Luzern usw., hat bereits der zweite Schnitt begonnen; er ist nicht so lohnend, wie erwartet wurde, da es im allgemeinen etwas zu trocken für ein kräftiges Wachstum gewesen

war. Vereinzelt wird deshalb auch über Futtermangel auf den Weiden geklagt.

Wie fast alljährlich, so ist auch in diesem Sommer das Unkraut wieder in allen Arten über die ganze Feldmark mehr oder weniger stark verbreitet. Disteln, Rogelweide, Federich und Quelen treten am meisten und besonders in den dünn bestandenen Getreidefeldern auf. Feldmäule werden im allgemeinen nur vereinzelt im Klee beobachtet; Hamster zeigen sich an einzelnen Stellen von Brandenburg und Sachsen. In Westfalen, Hessen-Rassau und Rheinland verursachen große Mengen von Sperlingen erheblichen Schaden am Getreide.

— Die Zahlung der Bezahlungszulagen an die preussischen Beamten. Die Reichsbeamten im besetzten Gebiet erhalten seit einiger Zeit eine besondere „Wirtschaftsbeihilfe“, die dagegen den Beamten der meisten Länder infolge der schwierigen Finanzlage der einzelnen Bundesstaaten bisher nicht gezahlt werden konnte. Die preussische Regierung, die ihren unter der Forderung im besetzten Gebiet lebenden Beamten die gleiche Zulage verschaffen wollte, die die Reichsbeamten erhalten, hatte bereits vor einiger Zeit beim Reichsrat einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den das Reich verpflichtet werden sollte, den Ländern die Ausgaben für eine Bezahlungszulage nach den gleichen Grundsätzen, wie sie das Reich anwendet, zu vergüten. In seiner Sitzung vom 28. Juli d. J. hat der Reichsrat den Gesetzentwurf angenommen, ebenso hat der Reichsrat, dem dieser Entwurf noch nicht zur Beratung vorgelegt werden konnte, vorläufig eine Entschließung angenommen, in der die Notwendigkeit anerkannt wird, von Reich wegen den Ländern und Gemeinden einen Zuschuß zu den entstehenden Kosten der Bezahlungszulagen zu gewähren, und an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet wird, mit den in Frage kommenden Ländern und Gemeinden eine Verständigung über den vom Reich zu tragenden Anteil an den Kosten herbeizuführen. Obgleich also der vom Reich zu tragende Kostenanteil noch nicht gesetzlich festgelegt ist, hat nunmehr das preussische Staatsministerium beschlossen, den Staatsbeamten und Volksschul Lehrern die Bezahlungszulage zunächst für die Zeit vom 1. Juli ab vorläufigungsweise vorbehaltlich der Genehmigung der Landesversammlung auszusahlen.

— Keine Bevorzugung von Hauseigentümern bei Zuweisung einer Wohnung. Das hiesige Wohnungsamt schreibt uns: Wir warnen die hiesigen Hausbesitzer dringend, bei etwaigem Verkauf ihres Hauses sich zur Rückerstattung ihrer leihbaren Wohnung zugunsten des Käufers zu verpflichten, da es uns bei der immer mehr zunehmenden Wohnungsnot ganz unmöglich ist, Familien, die sich auf solche Weise selbst obdachlos machen, eine andere Wohnung nachzuweisen. Wir weisen ferner darauf hin, daß Auswärtige durch den Ankauf eines Hauses in Wiesbaden dadurch keineswegs das Recht auf Zuzug und Inanspruchnahme einer Wohnung in dem erworbenen Hause haben. Die Bestimmungen über die Wohnungsvermittlung finden auf die Hauseigentümer in gleicher Weise wie auf die Mieter Anwendung und die Verteilung freierwerdender Wohnungen erfolgt allein nach Maßgabe der Dringlichkeit der vorliegenden Wohnungsgelüste. Neuerdings hat der Minister für Volkswohlfahrt mit Erlaß vom 22. Juni d. J. erst wieder angeordnet, daß Bevorzugungen der Hauseigentümer bei Zuweisung einer Wohnung in ihrem eigenen Hause nicht stattfinden dürfen. Denn eine Bevorzugung würde bewirken, daß reiche Leute sich ein Haus kaufen würden, um eine darin freierwerdende Wohnung ungehindert beziehen zu können, während weniger kapitalstärkige Kreise vergeblich lange Zeit auf eine Wohnung warten müssen. Das würde natürlich dem Geist der Wohnungsamts- und Mieterschutzverordnungen nicht entsprechen.

— Die Buchführungspflicht des selbständigen Gewerbetreibenden in Rücksicht auf das Umsatzsteuergebot. Die strengen Bestimmungen, die in diesem Gesetz hinsichtlich der Buchführungspflicht der selbständigen Gewerbetreibenden enthalten sind, finden offenbar nicht genügende Beachtung. Besonders die Bedeutung hat die Buchführungspflicht für alle Gewerbetreibenden, die bei der Herstellung oder dem Betrieb lutzsteuerpflichtiger Gegenstände beteiligt sind. Durch die Unterlassung der vom Gesetz geforderten Buchführung erlangen die Gewerbetreibenden erhebliche Nachteile. Wenn eine geordnete Buchführung fehlt, findet eine Veranlagung im Schätzungsverfahren statt. Die Veranlagung in diesem Verfahren ist aufs äußerste eingeschränkt. Die Steuerämter sind angewiesen, gegen solche Gewerbetreibenden, die die bestehenden Vorschriften wegen der Buchführungspflicht absichtlich nicht beachten, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. In manchen Gewerbebezirken wird die Lutzsteuer einen erheblich höheren Betrag ausmachen als der erzielte Gewinn. Wenn hier nun die Steuer nicht berechnet wird, kann der Fall eintreten, daß der Gewerbetreibende nachher nicht imstande ist, den von ihm geforderten Steuerertrag zu entrichten. Es ist dringlichst empfohlen, daß die Gewerbetreibenden die Bestimmungen über die Buchführungspflicht mehr als bisher beachten, weil sonst erhebliche Schwierigkeiten und andere Unannehmlichkeiten unausweichlich eintreten. In Zweifelsfällen wende man sich an die zuständigen Landesverwaltungen. Diese werden wegen der Einrichtung der Buchführung usw. die notwendigen Auskünfte gern erteilen.

(22. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Das Haus mit den Engeln.

Roman von Emma Haushofer-Merz.

Pius Pernegg nannte den Namen des Sohnes nicht mehr. Ob er ihm heimlich nachforschen ließ? Ob er irgendwelche Schritte gegen ihn unternommen hatte? Nur Mutter und Tochter flüsterten heimlich von ihm: Wo er sich wohl hingewandt haben möchte? Ob er ganz verschollen bleiben wollte? Ob sie nie wieder von ihm hören sollten? —

Alexander hatte furchtbare Tage durchlebt, die sich unversöhnlich in seine Seele eingruben. Er verstand jetzt die alte Sage von den Erinnern, die sich dem Schuldigen an die Fersen heften, die ihn jagen, ihn verfolgen bis in den Traum, ihn nicht wieder zur Ruhe kommen lassen. Er hatte sich dem Teufel verschrieben wollen. Nun war's geschehen; er war der Versuchung erlegen und mußte tragen, was er sich aufgeladen. Aber würde er nicht schon gleich am Anfang scheitern? Es war aufregend genug gewesen, daß er sich vor Pfingsten seinen Urlaub vom Militär, seinen Auslandspaß verschaffen mußte. So leicht konnte ein Zufall diesen Schritt verraten. Und dann dieser Pfingsttag, den er in Berlin zubringen hatte. So lange die Banken geschlossen waren, konnte er ja die Wertpapiere nicht umzuwechseln lassen und er mußte doch bares Geld haben für die Reise, für die Anfänge irgend eines Unternehmers. Mittlerweile aber konnte der Vater den Verlust entdecken und die Kummern der Pfandbriefe sperren lassen. Dann wurde er festgenommen, wenn er sie ausbezahlt haben wollte. Am Montagabend mußte ihm auch noch Altesor Tannberg in den Weg laufen. Damit war ja seine Fahrt gefunden, die er so schlau verdeckt zu haben glaubte. Es kam nur darauf an, wie bald der redselige Tannberg nach

Regensburg zurückkehrte und erzählen konnte, er sei ihm begegnet. Und am nächsten Morgen hieß es, Mut haben und ansiehend mit ruhiger Miene und Gelassenheit an den Bankhalter treten. Nicht einmal; nein mehrere Male, denn er fürchtete, es müßte aufpassen, wenn er einen allzu hohen Betrag einwechseln ließ. Seinen Namen mußte er angeben. Wenn also an verschiedene Banken telegraphiert wurde, so war er entsetzt, verloren. Wie gerettet erschien er sich, wenn er abends sein Zimmer im Hotel geschlossen hatte. Aber was brachte der nächste Tag? Es kostete ihn Anstrengung, in das Frühstückszimmer zu treten und dem Kellner den Kaffee zu bestellen. War nicht die Polizei schon in Kenntnis gesetzt? Wachte der Vater? Ziel der Verdacht sofort auf ihn? Unternahm er etwas? Auf Schonung rechnete er nicht. Nur auf die Scheu, die Geheimnisträumerei, die Angst vor Ausgabeln, die ihn vielleicht von einer Anzeige und einem Hin- und Herlegraphieren abhielten. Solange er auf deutschem Boden stand, war eine Verfolgung noch mit geringeren Kosten zu bewerkstelligen. Sicher konnte er sich erst an Bord fühlen. Daß der Vater Depeschen an verschiedene ausländische Häfen schickte, war kaum anzunehmen. Dazu reute ihn das Geld. Aber erst am Freitag ging von Hamburg weg ein Schiff nach Chile. Er hatte sich eine Karte zur Überfahrt gelöst. Also war immer noch eine Entdeckung möglich. Wie irgend ein flüchtiger Kassierer, irgend ein Dieb oder Defraudant ging er durch Reihen der innerlichen Demütigungen und die ganze Schmach dieses Lebens der Angst und der Aufregung grub seinem Stolz Wunden, die sich einbrannten, die ihn um Jahre altern.

Erst als er an Bord war, als das Schiff aus dem Hafen hinausfuhr, als endlich bei Cuxhaven das Meer vor ihm lag, konnte er aufatmen. Frei!

Nun kam eine große Ruhepause, in der er erst

wieder die Kraft finden mußte, nach der aufreibenden Spannung dieser letzten Woche an die Zukunft zu denken. Bis jetzt war er wie ein Gehefter gewesen, der von Stunde zu Stunde zitterte, der nicht wußte, ob nicht hinter ihm, vor ihm, rechts oder links die Gefahr lauerte. Nun konnte er sich besinnen, was werden sollte. War es nicht wieder ein Luftgebilde, dem er nachjagte, auf das er seine Zukunft gründen wollte?

Ein Altersgenosse, mit dem er ein paar Jahre im Jadorfschen Geschäft gewesen war, an den er sich freundschaftlich angeschlossen hatte, war nach Chile gegangen und hatte ihm von dort geschrieben: „Hier wäre noch was zu machen, viel Geld zu verdienen, vorausgesetzt, daß man einiges Kapital in Händen hätte. Ohne Mittel wie ich muß man sehen, wie man sich sein Leben verdient! Kann ihr Alter nicht mit einer größeren Summe herausrücken? Bleiben Sie doch nicht in Deutschland festhängen; kommen Sie doch hierher!“

Diese paar Zeilen waren der Rodruf, dem er folgte, der einzige Fingerzeig, der ihm die Richtung wies. Ein blasser Hoffnungsstimmer, dem er nachreiste in die ferne Welt. Was wußte er selbst vom Ausland? Er war ja kaum aus Regensburg hinausgekommen; er hatte keine Verbindungen, keine Freunde. Er mußte einfach alles auf dies Wagnis setzen, sich durchschlagen oder zugrunde geben. Es war ihm keine Wahl geblieben; entweder gleich ein Ende machen oder die Zähne zusammenbeißen und sich mit wilder Energie ins Leben stürzen, kämpfen und ringen um den Erfolg, den er wollte, den er haben mußte, der ihm das Mädchen geben sollte, das er nicht lassen konnte, das er begehrte mit flammender Glut. Er durfte nicht bereuen, was er getan, denn eine Gewalt, gegen die es kein Recht gab, hatte ihn vorwärts getrieben. „Ich will! Ich muß!“

(Fortsetzung folgt.)

Neues aus aller Welt.

Schlagende Wetter. Gestern abend ereignete sich, wie aus Saargemünd gemeldet wird, in einem Bergwerk bei Merlesbach eine Explosion schlagender Wetter, durch die zwei Bergleute getötet und mehrere andere verletzt wurden.

Ein mörderischer Räuber drangen nachts in das Berg-Gehäuse in Hohenstein im Elbegebiet ein und verlangten unter Vorhalten von Revolvern von den Gästen Geld und Wertgegenstände. Der Vorsitzende des Ergebeigewerks, Stadtrat Eversbach, der der Aufforderung nicht nachkam, wurde durch mehrere Schüsse getötet. Die Räuber flüchteten darauf.

Ein Verurteilter. Die Staatsanwaltschaft Augsburg verurteilte den 25-jährigen Bauernsohn Joseph Juch von Obergriesbach, der seine beiden Brüder, den ledigen 25-jährigen Halbwaisen Georg und den 18-jährigen Schulmädchen Hans Juch, mit vergiftetem Mittagessen ermordete, um sich das Erbe zu sichern.

Verhaftung eines Doppelmörders. Ein betäubigter Verbrecher, der Mord Joseph Bumbach, der seit langer Zeit wegen Doppelmordes gesucht wurde, ist von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Bumbach erschlug im Frühjahr im Walde von Sedow bei Wühlow den Gutsherrn Paul Schulz und dessen Bruder Willi, die ihn bei der Wilderei überfallen. Trotz der umfassenden Maßnahmen gelang es dem Verbrecher, nach Schweden zu entkommen. Wie die Ermittlungen ergaben, versuchte er, von dort aus nach Rußland zu gelangen. Dieser Versuch schlug jedoch fehl, und Bumbach kehrte nach Berlin zurück. Von dieser Rückkehr hatte die Polizeibehörde Kenntnis erlangt. Kriminalkommissare überprüften den Verdacht, als er nach Schluß.

Eine Kaffeewoche. Wegen schlechten Abfahrs ihrer Ware haben die amerikanischen Kaffeefabrikanten eine Kaffeewoche veranstaltet. Es wurden für 200 000 Dollar Annoncen ausgeschrieben und von 50 000 Kaffeefabrikanten besondere Schaufensterauslagen veranstaltet. In vielen Dörfern von Lichtspieltheatern wurde ein Kaffee-Propagandafilm gezeigt, der den schönen Titel „Eine Kaffeewoche“ führte.

Töchter der Wölfe beim Gleitflug. Bei einem Flug mit einem motorisierten Flugzeug von der Wassertrappe bei Gersfeld (Rhön) ins Tal flüchtete der frühere Fliegeroffizier Fritz v. Pöhl aus etwa 150 Meter Höhe bei Stößen infolge Steuerdrückens tödlich ab.

Handelsteil.

Berliner Devisenkurs.

| W. T. R. Berlin, 12. August | Drahtliche Auszahlungen für |
|-----------------------------|-------------------------------------|
| Holland | 1501.00 Mk. 1504.00 R. 100 Gulden |
| Belgien | 357.15 „ 357.88 R. 100 Franken |
| Norwegen | 681.80 „ 683.20 R. 100 Kronen |
| Dänemark | 634.80 „ 635.70 R. 100 Kronen |
| Schweden | 943.05 „ 944.95 R. 100 Kronen |
| Finnland | 145.85 „ 146.15 R. 100 Finn. Mark |
| Italien | 230.65 „ 231.15 R. 100 Lire |
| London | 167.05 „ 167.45 R. 1 Pfund Sterling |
| New-York | 45.70 „ 45.80 R. 1 Dollar |
| Paris | 334.85 „ 335.35 R. 100 Franken |
| Schwiz | 74.20 „ 74.50 R. 100 Franken |
| Spanien | 694.30 „ 695.70 R. 100 Pesetas |
| Wien alte | 22.72 „ 22.78 R. 100 Kronen |
| „ D. O. | 22.17 „ 22.22 R. 100 Kronen |
| Prag | 80.90 „ 81.10 R. 100 Kronen |
| Budapest | 22.27 „ 22.33 R. 100 Kronen |
| Bulgarien | 60.00 „ 60.00 R. 100 Lei |
| Konstantinopel | 60.00 „ 60.00 R. 1 Türk. Pfund |

Industrie und Handel.

Frankfurter Messe. Mit voller Einmütigkeit ist in den Besprechungen der Frankfurter Frühjahrsmesse in der Tages- und Fachpresse auf den außerordentlichen Vorteil in der organisatorischen Aufzeichnung dieser Messen hingewiesen worden, der darin zu sehen ist, daß die Aussteller streng nach Branchen auf die verschiedenen Messehäuser verteilt sind. Es versteht sich danach von selbst, daß auch die dritte Frankfurter Internationale Messe vom 3. bis 9. Oktober streng branchenmäßig gegliedert ist. Die folgenden Einteilungsvorbereitungen sind vom Messamt Frankfurt a. M. soeben beendet worden. Es ergibt sich folgendes Bild der dritten Frankfurter Internationalen Messe: Festhalle: Textilierzeugnisse und Sportbedarf; Südhalbe: Maschinenbau und Elektrotechnik; Osthalbe B: Maschinenbau und Elektrotechnik; Osthalbe A: Medizin-, Chirurgie- und Gummiwaren; Osthalbe C: Schuhe, Leder, chemische Erzeugnisse, Bürsten, Besen, Pinsel; Westhalbe A: Tabakerzeugnisse und Nebenindustrien; Westhalbe B: Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Fahrzeuge aller Art; Westhalbe C: Bauwesen, sanitäre Anlagen; Haus Offenbach: Lederwaren, Schmuckwaren und Uhren. Toiletteartikel; Goethe-Messehaus: Kunstgewerbe, China- und Japanwaren; Bismarck-Messehaus: Möbel mit Zubehör, Korbwaren, Musikinstrumente; Westend-Messehaus: Galanterie- und Spielwaren, Lehrmittel; Gewerbe-Messehaus: Beleuchtungsartikel, Metallwaren, Haus- und Küchengeräte, Glas-, Porzellan- und Steinwaren; Österreichisches Haus: Sonderschau österreichischer Aussteller; Messehaus Hippodrom: Bureaubedarfartikel, Papierwaren, Verpackungsmaterialien; Viktoria-Messehaus: „Das deutsche Buch“: Römer: Antiquitäten- und Kunstschau mit Kunstauktion. Die Beschickung der Messe in den einzelnen Abteilungen ist wiederum eine außerordentlich reichhaltige, sie wird in der übersichtlich und klar gegliederten branchenmäßigen Zusammenfassung der Bescherer sehr wirkungsvoll sich darstellen. Alle Anfragen, insbesondere auch solche in Wohnungsangelegenheiten usw., werden vom Messamt Frankfurt a. M. umgehend beantwortet.

Wettervorhersage für Freitag, 13. August 1920.

von der Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Heiter, trocken, mäßig warm, schwache nördliche Winde.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Hauptgeschäftsführer: G. Zeltich.

Verantwortlich für den politischen Teil: G. Zeltich; für den Unterhaltungsteil: G. v. Hauendorf; für den lokalen und provinziellen Teil, sowie Gerichts- und Handel: G. Zeltich; für die Anzeigen und Reklamen: G. Zeltich, sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der G. Zeltich'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Hotel „Der Lindenhof“

Walkmühlstraße 61/63. — Tel. 253. — Haltestelle der Linie 3.

Ersklassiges Familien-Hotel

in großem Park. — Günstige Pensionsbedingungen.

Ab 5 1/2 Uhr: Salonkapelle Ferd. Buchardt.

Neue Besitzer:

Berthold & Lederbogen.

Hansa-Hotel

Ecke Rhein- und Nikolastraße. — Tel. 5852.

Ersklassiges Passanten-Hotel

in bevorzugter Lage.

Ab 7 Uhr: Salonkapelle Ferd. Buchardt.

Fleischverteilung.

Am Samstag gelangen in sämtlichen Metzgereien auf die Fleischmärkte 1—10

200 kg frisches Rindfleisch

zur Verteilung.

Der Preis beträgt für Rindfleisch 4. — Mk. die 200 gr
10. — Mk. das Sfd.
für Bratenfleisch 4.80 Mk. die 200 gr
12. — Mk. das Sfd.

Wiesbaden, den 12. August 1920. F 260
Der Magistrat.

Vorteilhaftes Angebot!

Prima Parkettwachs.

Grosse Posten prima Parkettwachs verkaufte, so lange Vorrat, zu äusserst billigen Preisen, wie folgt:

1/2-Pfd.-Dose Mk. 3.75
1. „ „ „ 7.50
2. „ „ „ 15.00

Herm. Rump, Wiesbaden

Moritzstrasse 7, nächst der Rheinstrasse. 916
Telephon 2883.

Vorteilhafter Einkauf für Hotels, Pensionen, Restaurants, Anstalten und Private.

Bei größeren Bestellungen Lieferung frei Haus.

3 prachtvolle Chesterfieldgarnituren

in Gobelin und Cord

vorzüglich gearbeitet, aus nur echtem Material

verkauft besonders billig 947

Gebrüder Leichter, Volster- u. Dekorationsgesch. 947
Dranienstraße 6.

Preiswertes Angebot

solange Vorrat reicht:

Herrenstiefel Mk. 110.—
Herrenstiefel, braun Box calf „ 249.50
Damenstiefel, Hochschaft „ 139.50
Damen-Halbschuhe, Lack „ 66.95
Damen-Spangenschuhe „ 82.25
Damen-Leinenschuhe von „ 41.50 an
Hauschuhe von „ 2.25 an
Herrensocken „ 9.75
Verstellbare Leisten „ 4.75

Schuhhaus Romeo

Michelsberg 28.

Handkoffer,

Damentaschen, Brieftaschen, Zigarren-Etui
Portemonnaies in größter Auswahl. 933
A. Leichert, Faulbrunnenstr. 10.

Waschen, Ausbessern u. Spannen
echter Spitzen, Stores u. Gardinen
unter sachkundiger Leitung.

Louis Franke, Wilhelmstraße 28.

Achtung! Fahrräder werden versichert.

Krankentasse nimmt noch Mitglieder (auch Frauen) allerwärts bis 60 Jahre an.
Subdirektion Mauthe, Luitensstraße 16, Seitenb. 2.
Sprech. 9—7, Sonnt. 9—1. Rückporto.

Beste Betten

zu sehr billigen Preisen:

Metalbetten Mk. 575.—, 475.—, 325.—
Metalbetten „ 85.—, 65.—
Holzbetten „ 375.—, 250.—, 180.—
Kinderbetten von Mk. 110.— an
Seegrasmattmatzen von Mk. 175.— an
3teilig, mit Keil
Wollmatten von Mk. 395.— an.
Kochhaa- u. Kapokmattmatzen sehr preiswert

Möbel- haus Buchdahl

Wiesbaden, 4 Bärenstraße 4.

Frische Meer-Zwiebeln

tönen Ratten, Götter-Ruchen

Wühlmäuse.

frischer Giftozeig gefahr.

Haus- u. Feldmäuse u. G.

Schlehdoggen Siebert, 9 Moritzstraße 9.

Farbbänder

6, 11, 13, 16 mm

Mk. 20.— pro Stück.

Bein

Kirchgasse 22, 1.

Prima

Heidelbeerwein

auslich empfohlen, für

Blutarme und Magen-

leidende, erhältlich in fast

allen Geschäften. Groß-

u. Kleinvertrieb. Wein-

handl. Joh. Will. Schier-

steiner Str. 11. Tel. 4942

Stahlspläne und

Parkettwachs

in bester Qualität. 918

W. Gail Wwe.,

Siebrich a. Mh.

Edmüderstr. 3, 30.

Dron. Bade, Taunusstr. 5

Korbmöbel!

Empf. Beddiorobmöbel

von 200 Mk an u. Liege-

stühle von 250 Mk. an.

K. Lad. Kohnen, Rönne-

berg 9. Nur ein Anfert.

Besuchs-

karten

in vornehmer Ausstattung

fertigt die

L. Schellenberg'sche

Hofbuchdruckerei

Röntgen-„Tagblatthaus“

Fernruf 6050/55

Rognatzfässer

für Aufbewahrung vorzüglich

geeignet, empfohlen

Hubert Schill u. Co.,

Weinhandel

Nikolastr. 28. Tel. 6331.

U.T. Rhenania

? Ravengar ?

der geheimnisvolle Unbekannte.

II. Teil:

Der unsichtbare Boxer.

!! Große Sensation !!

Der Ausbruch des Vulkans Brampton und
die Zerstörung der Stadt Brampton durch

.. Erdbeben ..

Von der Reise

zurück.

Dr. Kreisshmar.

Von der Reise

zurück

Frau Dr. med. Gerbert

Taunusstraße 23.

Habe meine Praxis

wieder aufgenommen.

Zahnarzt P. Hennig,

Walkmühlstr. 30 I,

Ecke Kesselbachstr.

Sprechstunden:

Werktags 9—1 Uhr.

Kammer-Lichtspiele

Mauritiusstr. 12. 6137

Vom 11.—13. August.

Wie er starb..

(Der Fal Rougon.)

17. Abenteuer des be-

ruhnten Rat Anheim

in 4 Akten.

In der Hauptrolle:

William Kahn.

Scheidung

ausgeschlossen.

Lustspiel in 3 Akten

mit Paul Heydemann.

Kleine Eintrittspreise:

3. Platz 1 Mk., 2. Platz

1.50 Mk., 1. Platz 2 Mk.,

Sperrsitz 3 Mk.

: Kinephon :

Ab Dienstag, 10. Aug.:

Erstaufführung!

Die gefährliche

Abenteuerin.

Drama in 5 Akten aus

Süd-Afrika m. Maria

Widal in der Haupt-

rolle.

O, du süßer Strolch.

Lustspiel in 2 Akten

mit Richard Senius.

Monopol

Wilhelmstr. 8. Tel. 508

„Irrlicht“.

Filmtragödie in fünf

Akten mit

Karl Platen,

! Eva May !

Olga Engl,

Eduard v. Winterstein

Johs. Riemann.

Lustig. Beiprogramm

Badhaus „2 Bäche“

Häfnergasse 12.

Thermalbäder

Einzelbad 1 Mk.

Dutzendkarten 10 Mk.

Groß-Wiesbaden

Dotzheimer Str. 19.

Nur noch bis Sonntag!

Der großartige

Spielplan

Anfang 7 1/2 Uhr.

Ab Montag:

Neues Programm.

Thalia

Kirchg. 72. Tel. 6137.

Vom 7.—13. August.

Erst-Aufführung!

Alraune II.

Phantastisches Film-

spiel in 6 Akten.

In der Hauptrolle:

Hilde Wolter.

Das Fräul. a. d. Kasse.

Lustspiel in 2 Akten

mit Lya Ley.

Spielzeit v. 3—10 1/2.

Odeon

Ab Dienstag, d. 10. bis

Freitag, 13. August:

Alein-Erstaufführung

Ich lasse dich nicht

Nach Motiven des

gleichnamigen Romans

von H. Courths-

Mahler. 5 Akte.

Edith Meller

als „Sonja Roskno“.

Rolf, der vierzehnte.

Lausbubenstreiche.

Walhalla

Heute letzter Tag!

Tötet nicht mehr!

6 Akte, v. Lupo Piek

mit

Johannes Riemann.

Meyer aus Berlin

3 humorvolle Akte

mit Ernst Lubitsch.

Beginn: 4, 6 1/2, 8 1/2.

WEINKLAUSE

NORMENHOF

LEITET: EDUARD ALNOFF

KABARET

Das große

August-Programm

mit

Hans

Schnitzer

dem

geistreichen Spötter.

Theater

Refidenz-Theater.

Freitag, 13. August

Bräulein Bud.

Operette in 3 Akten von W. Kollo.

In den Hauptrollen sind be-

schäftigt: Die Damen: Maria

Walt, Emma Peters, Christa

Wittelsmeyer, Hilja Wurm.

Die Herren: Oscar Bugga, Carl

Hehrharts, Ludwig Kasper,

</

